



Damit kein außenstehender Täter die abgestellten Fahrräder beschädigen kann, wird der Zugang zum Humboldt-Schulgelände erst einmal von der Bahnhofstraße aus umzäunt.

FOTO: J.L.

Was hilft gegen Zerstörungswut?

Wie Pyrmonts Schulpolitiker und Stadtverwaltung mit Kameras und Zäunen umgehen

VON JULIANE LEHMANN

Kann eine Videoüberwachung verhindern, dass auf dem Gelände des Pyrmonters Schulzentrums immer wieder Schäden durch zerstörerische Randalen entstehen? Darüber reden Politik und Verwaltung in Bad Pyrmonts Schul- und Jugendausschuss seit Jahren. Am Dienstag tat es wieder. Am Ende stand ein Beschluss.

BAD PYRMONT. Die Forderung steht eigentlich ganz klar im Raum: Das Humboldt-Gymnasium und der Stadtteilernrat halten eine Videoüberwachung von Teilen des Schulgeländes für notwendig.

Die Stadtverwaltung dagegen meldet Datenschutz-Bedenken an. Schulamtsleiter Lars Torge Klemme und Kämmerer Guido Sievers scheint der Einbau von Zäunen und Toren zunächst angemessener. Das erklärten sie am Dienstag – genau wie vor einem Jahr. Dabei hatte die Verwaltung die Schulen damals da schon aufgefordert, „Wunschstandorte für Kameras zu nennen“.

Die Forderung nach denen untermauerte Studiendirektor

Dr. Oliver Preuß aus der Leitung des Humboldt-Gymnasiums jetzt mit einer Liste der größten Schäden aus jüngerer Zeit: Eine große Mensa-Fensterscheibe aus Sicherheitsglas ist – mutmaßlich durch einen heftigen Steinwurf – gesprungen. Kosten: mindestens 2500 Euro. Weitere Zerstörungen oder Beschädigungen gab es an den kurz zuvor frisch gestrichenen Sitzmöbeln im grünen Klassenzimmer, einem Lautsprecher, den Scheiben im Fahrradkeller unter der Musikschule und an Wänden.

Doch das ist nicht alles. „Wir fegen jeden Morgen eine Stunde Glasscherben zusammen“, berichtete Schul-Hausmeister Jens Kelm aus seinem täglichen Kampf gegen die Vermüllung des Geländes durch ungebetene Gäste. Sein Eindruck: „Dort werden jeden Abend Partys gefeiert.“

„Es sieht morgens manchmal echt furchtbar aus“, bestätigte Humboldt-Lehrervertreter Alexander Krüger. „Da werden immer wieder Dinge kaputtgemacht, die durch Spenden angeschafft oder von den Schülerinnen und Schülern gebaut wurden.“ Der Einsatz von Videokameras vor al-

lem in schlecht einsehbaren Bereichen sei notwendig. Denn: „Die Polizei muss die Täter dingfest machen können.“

Die von der Stadtverwaltung ins Feld geführten Datenschutzbedenken teilen weder er noch sein Kollege Dr. Preuß. „Wir werden an so vielen Orten gefilmt. Kein Mensch regt sich über die Kameras im Supermarkt und in der Sparkasse auf“, sagte der Oberstufenkoordinator.

So entscheidungsfreudig, wie seit Jahren von der Schule und jetzt auch dem Stadtteilernrat gefordert, war die Politik allerdings nicht. Der Video-Beschluss steht – wie 2019, 2020 und 2021 – aus. Denn die Politik votierte nach fast eineinhalbstündiger Debatte einstimmig für einen CDU-Antrag, der die ursprüngliche Forderung immerhin in Teilen aufnahm. Demnach sollen zunächst die an die Humboldt- und die Bahnhofstraße angrenzenden Fahrradständer zur Straße hin weiter eingezäunt und mit einem abschließbaren Tor versehen werden. Das soll Beschädigungen an den Rädern verhindern, die meist während der

Unterrichtszeit stattfinden – durch mutmaßlich schulfremde Täter.

Zudem muss die Stadtverwaltung bis zur nächsten regulären Sitzung des Schul- und Jugendausschusses im September ein Sicherheitskonzept für das gesamte Schulzentrum vorlegen. Inklusive Videoüberwachung.

Die dürfte laut Lars Torge Klemme aber ohnehin nicht tagsüber aufnehmen, sondern nur zu den Zeiten, an denen das Betreten des Schulgeländes ohnehin seit Jahren verboten ist.

Immerhin: Bei Null wird Klemme mit dem Konzept wohl nicht starten müssen. Denn bereits vor einem Jahr hatte er dem Ausschuss anhand eines Lageplans gezeigt, an welchen Punkten die Schulleitungen Videokameras wünschen. Zudem hatte der damals fürs Schulzentrum zuständige Polizeibeamte Ralf Kleinschmidt der Stadt lange vor seiner Pensionierung ein Gutachten des niedersächsischen Innenministeriums von 2019 zur Verfügung gestellt. Demnach ist eine Videoüberwachung rechtlich problemlos machbar, da sie das Aufent-

haltsverbot durchsetze, der Ermittlung der Verursacher und schließlich auch der Schadenswiedergutmachung diene.

Was am Dienstagabend überraschte, war der letztlich einstimmige Beschluss. Obwohl Überwachungs-Gegnerin, konnte Heike Beckord (SPD) mit dem von Befürworterin Stefanie Plaul („Ich habe nichts zu verbergen“) vorgeschlagenen Kompromiss leben. Und Carolin Muschter („Pyrmont intakt“) zog dann auch mit, obwohl sie einem Jahr für den Original-Antrag des Stadtteilernrates und damit einer schnellen Lösung des Problems den Vorzug vor einem Konzept gegeben hätte.

Nun bleibt abzuwarten, ob man im Rathaus diesmal Nägel mit Köpfen macht. Kämmerer Sievers wies jedenfalls vorsorglich daraufhin, dass für größere Sicherheitsmaßnahmen kein Geld im Haushalt steht. „Was hier beschlossen wird, müssen wir außerplanmäßig bereitstellen“, sagte er und schlug „erstmal ein Sicherheitskonzept“ vor.

Dr. Oliver Preuß sagte nach der Sitzung: „Ich werde erst wirklich zufrieden sein, wenn die erste Kamera hängt.“